

Landeshauptstadt



Beschluss-  
drucksache

b

In den Gleichstellungsausschuss  
In den Verwaltungsausschuss  
In die Ratsversammlung

Nr. 1762/2017  
Anzahl der Anlagen 0  
Zu TOP

---

## **Stärkung der Beratung für traumatisierte Frauen**

### **Antrag,**

zu beschließen, die zusätzlich für den Haushalt 2017/2018 bereitgestellten Mittel in Höhe von 30.000,- € wie folgt den Beratungsstellen zur Erweiterung des Therapieangebotes für traumatisierte Frauen zur Verfügung zu stellen:

Amanda e. V., FrauenTherapie- und Beratungszentrum	7.000,-€
Bestärkungsstelle, Beratung für Frauen bei häuslicher Gewalt im Beratungs- und Therapiezentrum	6.000,- €
Frauen-Treffpunkt e.V.	12.000,- €
Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Hannover	5.000,- €

### **Berücksichtigung von Gender-Aspekten**

Es sind wesentlich mehr Frauen als Männer von sexueller und häuslicher Gewalt betroffen, in den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2017/2018 wurde daher beschlossen, zusätzliche Mittel für die Beratung traumatisierter Frauen bereitzustellen. Die Mittel werden somit ausschließlich für Frauen verwendet.

### **Kostentabelle**

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

## **Begründung des Antrages**

In Hannover besteht nach wie vor ein großer Mangel an kassenfinanzierten Therapieplätzen für die Beratung traumatisierter Frauen. In den Beratungsstellen können nur Übergangsberatungen und andere stabilisierende Maßnahmen angeboten werden. Die traumatisierten Frauen müssen in den meisten Fällen einen sehr langen Zeitraum (in der Regel mehrere Wochen bis zu einem halben Jahr) überbrücken, bis ihnen ein ambulanter oder stationärer Therapieplatz angeboten werden kann.

Leider kommt es auch häufig vor, dass die betroffenen Frauen gar keinen Therapieplatz erhalten. Die Angebote der Beratungsstellen sind somit oftmals die einzige Möglichkeit den Frauen kurzfristig zu helfen. Vor diesem Hintergrund wurde bereits für den Haushalt 2014 beschlossen, 30.000,- € für die Beratung traumatisierter Frauen zur Verfügung zu stellen. Das Konzept und die Verteilung der Gelder ist dem Gleichstellungsausschuss mit der Drucksache 1444/2014 vorgestellt worden. Der Förderbetrag wurde individuell auf mehrere Beratungsstellen aufgeteilt. Dieser wurde genutzt, um vor allem die Wartezeit auf ein Beratungsgespräch zu verkürzen, die Angebote für Traumasprechstunden und die offenen Sprechstunden zur erweitern und darüber hinaus die aufsuchende Arbeit zu verstärken.

Es hat sich gezeigt, dass diese Mittel nicht ausreichen, um den weiterhin großen Bedarf zur Stärkung traumatisierter Frauen in Hannover zu decken.

Mit dem Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP zur Drucksache 1685 /2016 erhielt die Verwaltung den Auftrag zu prüfen, wie die zusätzlich zur Verfügung gestellten 30.000,- € ab dem Haushaltsjahr 2017 am effizientesten eingesetzt werden können. Dabei sollten die in der Drucksache 1444/2014 aufgezeigten Möglichkeiten zur Verteilung der Mittel noch einmal geprüft werden. Es wurde überlegt, ein Gesamtbudget einzurichten, aus dem die Beratungsstellen kleinere Einzelprojekte beantragen können. Eine weitere Idee war die Finanzierung des Traumanetzwerks. Auch die Möglichkeit der personellen Aufstockung in einer der Beratungsstellen wurde thematisiert. Mit Blick auf die Stärkung des bereits bestehenden vielfältigen Angebots und der finanziellen Planungssicherheit der Beratungsstellen wurde entschieden, den Förderbetrag wieder individuell auf mehrere Beratungsstellen aufzuteilen.

Um die Beratungsstellen über den Beschluss zu informieren und eine Rückmeldung zur vorgeschlagenen Verwendung der Mittel einzuholen, wurden Vertreterinnen von Amanda e.V., der Bestärkungsstelle, des Frauen-Treffpunktes e.V., dem Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V., SUANA / kargah e.V. und der Frauenberatung Marienstraße zu einem Gespräch eingeladen. SUANA / kargah e.V. hatte schon im Vorfeld signalisiert, keine Kapazitäten für Therapieangebote traumatisierter Frauen zu haben und verzichtete aus diesem Grund auf eine Teilnahme.

Auch im Gespräch mit den Beratungsstellen wurde deutlich, dass eine Aufstockung der Förderung, wie auch in 2014 erfolgt, am sinnvollsten ist. Es hat sich gezeigt, dass durch die individuelle Förderung der einzelnen Beratungsstellen die unterschiedlichen Beratungsbedarfe und Hilfeangebote der Zielgruppen am besten abgedeckt werden können.

Im Anschluss an das Gespräch wurden bei den Beratungsstellen mit einem Fragebogen die Verwendung der bisher zur Verfügung gestellten Mittel, die Fallzahlen im Jahr 2016 und die weitergehenden Bedarfe abgefragt. Bis auf die Frauenberatung Marienstraße haben alle anderen Beratungsstellen den Fragebogen beantwortet. Die Abfrage zeigte, dass die Vernetzungsarbeit und der fachliche Austausch oder die Weitervermittlung der traumatisierten Frauen sehr gut funktioniert. Problematisch sind weiterhin die fehlenden Traumatherapieplätze. In 2016 befanden sich 195 Frauen in der Übergangsberatung, 76 Frauen mussten wegen fehlender Kapazitäten abgewiesen werden.

Die Zahlen geben nur Aufschluss über persönliche Beratungen, die vielen telefonischen Anfragen und Erstkontakte werden nicht dokumentiert, nehmen aber einen nicht unerheblichen Zeitfaktor ein.

Aktuell zeigen sich vermehrt Bedarfe für ältere traumatisierte Frauen oder auch der steigende Bedarf für die Beratung von Frauen mit Behinderung. Es ist daher wichtig, dass die Beratungsstellen ihre Angebote durch die Erhöhung der individuellen Förderung ausbauen können, um einerseits den traumatisierten Frauen kurzfristig helfen zu können und andererseits nach einer Traumatherapie durch Beratungsangebote das Risiko eines Verhaltensrückfalls zu minimieren und die Frauen beim Zurückfinden in den Alltag zu unterstützen und zu stärken.

GB  
Hannover / 27.07.2017